

Arbeit 14.12.10

# Die bürgerliche Apo ist hellwach

Es ist nicht die Zeit für die Stillen im Lande. Wer nicht untergebuttert werden will, muss sich zu Wort melden, möglichst lautstark. Auch das ist die Lehre aus einer Entwicklung, die wir gerade beobachten. Es sind die politischen Parteien, die mit Küchenkabinett und Hinterzimmer-Klausuren, mit starrer Fraktions- und Koalitionsdisziplin die repräsentative, parlamentarische Demokratie an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit manövriert haben. Das gilt auch für die, die sich einst ein Mehr an Demokratie auf die roten und grünen

Fahnen geschrieben haben. Die Folge: es gibt landauf landab bis tief in die bürgerlichen Schichten hinein so viel außerparlamentarische Opposition wie noch nie.

Die Menschen sind mittlerweile hellwach. Und Politiker, die nun fürchten, dass neben durchaus berechtigten Interessen auf dieser Welle auch persönliche und Kleinstgruppen-Egoismen ausgeritten werden und deswegen für sie das „Geschäft“ beschwerlicher wird, haben es sich selbst zuzuschreiben. Der Glaube, dass gewählte Politiker tatsächlich Bürgerinteressen vertreten, ist dramatisch dahingeschmolzen. Sich frühzeitig, wie nun in Wiesbaden an der Platter Straße vor dem Bau eines Supermarkts aktiv in die Stadtentwicklung einzumischen, kann helfen, Fehlentwicklungen – zum Beispiel, was die Größe des Ladens angeht – schon in der Planungsphase zu verhindern. Damit nicht Fakten geschaffen werden, die hinterher unumkehrbar sind.

Das Beispiel lehrt übrigens: Es sind pragmatische, nicht dogmatisch theoretisierende – es sind intelligente Initiativen. Nicht sol-

che, die auf Komplett-Blockade aus sind – bei ihnen steht vielmehr ein gangbarer, akzeptabler Weg als Alternative im Konzept. Ihre Argumente sind gewinnend und nicht mit der linken Hand vom Tisch zu wischen. Man muss ihnen nicht erst erklären, dass es sich gravierend widerstrebende Interessenslagen gibt.

Sie wissen, wer keine Windkraftanlagen will, braucht andere Energieträger, wer eine Umgehungsstraße fordert, muss bereit sein, Landschaftsflächen zu opfern.

Richtig Sinn macht eine Initiative freilich nur vor Beginn der Planungs-

phase. Den Biebricher Siedlungen Rosenfeld und Selbsthilfe bleibt heute allenfalls die Chance, noch Schlimmeres zu verhindern, weil über Jahrzehnte ein Gewerbegebiet zu einer Einkaufsstadt entarten durfte, ohne dass die Politik es verhindert, aber auch ohne dass die Siedler sich gemuckst – oder sagen wir besser Gehör und Respekt verschafft hätten.

Die Bürgergesellschaft, die auch von Politikern so gern und so oft gefordert wird, wenn es darum geht, dass die Bürger mit ihrem persönlichen wie finanziellen Engagement in Aufgaben eintreten, die der Staat zu leisten hätte, dem wir unser Geld schließlich ja schon in nicht unerheblicher Weise zwangsweise zur Verfügung stellen, diese Bürgergesellschaft versteht mittlerweile sehr gut, dass der, der zahlt, auch das Recht zur aktiven Mitwirkung und Mitgestaltung hat. Ein Recht, das weit über das Kreuzchen auf dem Wahlzettel, auch weit über Kumulieren und Panaschieren hinausgeht. Die Bürger sind wach und werden es bleiben. Durchregieren ist nicht mehr.

## IMMER WIEDER SAMSTAGS

von

HEINZ-JÜRGEN  
HAUZEL

@hhauzel@vrm.com